

Verbände

Leblose Lobby

Es ist verflücht. Derzeit scheinen die großen Bankenverbände einfach keinen Zusammenhalt zu finden, zumindest wenn es „gegen“ die Politik geht. Denn wenn, zum Beispiel, der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands deutscher Banken als eines der bestimmenden Themen für das Jahr 2011 die jüngste Fassung des Gesetzes zur Bankenabgabe kritisiert, dann macht er das ausschließlich für „seine“ Banken. Der Hintergrund: Institute, die keinen oder zu wenig Gewinn machen, so geht es nämlich aus dem jüngsten Entwurf für die Rechtsverordnung hervor, sollen zwar erst einmal nicht die volle Abgabe zahlen, den Differenzbetrag aber in späteren Jahren nachentrichten müssen. So will die Politik dafür sorgen, dass solche Banken, die ein eher volatiles Geschäftsmodell betreiben, bei dem reichhaltige Gewinne auch einmal in Verluste umschwenken können, nicht unterdurchschnittlich an der Abgabe beteiligt werden.

Zahlen sind plakativ, deshalb hatte der BdB für die Last der anstehenden Regulierungsvorhaben allein auf die privaten Banken auch gleich welche parat: Basierend auf den durchschnittlichen vergangenen Jahresüberschüssen seit 1998 von 7,6 Milliarden Euro, so hat der BdB-Hauptgeschäftsführer ausgerechnet, stünde eine Belastung von fast 70 Prozent der gesamten Gewinne zu Buche. Darin enthalten sind die im Sparprogramm der Bundesregierung angekündigte Finanzaktivitätssteuer mit einer Milliarde Euro (entsprechend einem Anteil der privaten Institute von 50 Prozent an der jährlichen Gesamtbelastung von zwei Milliarden Euro), die Bankenabgabe selbst mit 900 Millionen Euro sowie eine Nettobelastung nach Steuern von 1,2 Milliarden Euro für die in Brüssel geplante Aufstockung der Einlagensicherung. Dass der BdB zudem noch reguläre Steuerzahlungen von 2,3 Milliarden Euro in seine Rechnung einbezieht ist zwar etwas unorthodox, aber die Dramatik erhöht es ungemein. Die Gesamtbelastung würde sich so in der Hochrechnung nämlich auf rund 5,4 Milliarden Euro belaufen. Das entspricht immerhin in etwa dem Bruttoinlandsprodukt von Malta.

Und was sagen die anderen Verbände? Dass man zunächst beim Bundesverband Öffentlicher Banken in Sachen Nachzahlpflicht voll auf BdB-Linie schwimmt, kann angesichts der mitunter sehr hilfreichen Geschäfts-„Modelle“ einiger Landesbanken nicht verwundern. Ebenso leicht ist nachzuvollziehen, dass der Bundesverband der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken wie auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband die Neuregelung gutheißen. Immerhin haben die dezentralen Pri-

märbanken selbst in der Krisenzeit wenig Unregelmäßiges zu verzeichnen gehabt – zumindest solange man bei den Sparkassen eindreierteil Augen zudrückt und ihnen die Abgrenzung zu den Landesbanken zugesteht. Anders als private und öffentliche Banken sind die dezentralen Verbände also ohnehin nicht so stark betroffen – und können sich für das Fairness-Argument der Bundesregierung dementsprechend erwärmen, zumindest in weiten Teilen. Eine wirklich aussagekräftige Erklärung des derzeit mitunter leblosen Zentralen Kreditausschusses und damit eine zeitnahe, starke Stellungnahme gegenüber der Politik gab es daher nicht.

Schaut man auf die To-do-Liste des BdB wird allerdings auch deutlich, dass es im Jahr 2011 in der bundesdeutschen Kreditwirtschaft, trotz allem, Gemeinsamkeiten geben wird. Zum Beispiel die im Entwurf des Anlegerschutzgesetzes vorgesehene Regulierungspflicht für alle 300 000 Bankberater, in der man eine unsinnige Belastung für Banken und Aufsicht gleichermaßen sieht. Oder die obligatorischen Produktinformationsblätter für Kunden („Beipackzettel“), deren Aufbereitung doch bitte den Emittenten aufzuerlegen sei. Und auch bei Basel III ist man sich einig – zumindest dahingehend, dass man die Anforderungen umsetzen kann und besonders dass es wichtig wäre, die neuen Eigenkapitalregeln international koordiniert und vor allem auch in den USA einzuführen. Es gibt also doch noch Themen, bei denen die deutsche Kreditwirtschaft ihre Standpunkte gemeinsam vortragen kann. Das ist auch dringend notwendig. Denn noch nie war die Finanzwirtschaft so stark von der Politik bestimmt wie heute. Die Branche braucht also einen starken, gemeinsamen Spitzenverband, entweder wiederbelebt in seinem gegenwärtigen Dasein als ZKA oder in anderer Form. Wenn sie nicht zu allen relevanten Themen konkret Stellung beziehen kann, dann führt dies nur zu einem: eine für alle Banken geschwächte Lobby.

Genossenschaftsbanken

Erfolgsverwöhnt

2010 war ein Rekordjahr für die Frankfurter Volksbank. Wieder mal, ist man geneigt zu sagen, denn bereits in den vergangenen Jahren wurden Rekorde aufgestellt. Für das Berichtsjahr heißt das: Betriebsergebnis nach Bewertung 89,2 (im Vorjahr 76,2) Millionen Euro, Gewinn nach Steuern 63 (55) Millionen Euro und Jahresüberschuss wie im Vorjahr 11,3 Millionen Euro, wovon 4,3 Millionen Euro als Dividende ausgeschüttet und 7 Millionen Euro in die offenen Rücklagen eingestellt wurden. Die stillen Reserven im Fonds für allgemeine Bankrisiken konnten

mit 51,7 (43,7) Millionen Euro üppig dotiert werden, sodass man sich bei den Frankfurtern keinerlei Gedanken um Basel III machen muss. Das Institut verfügt bei einer Bilanzsumme von 7,13 Milliarden Euro über Eigenmittel in Höhe von 763 Millionen Euro. Das hilft auch dem Ergebnis, denn ein Großteil der erfreulichen Zinsbeiträge aus Fristentransformation stammt aus dem Depot-A-Geschäft. Trotzdem sind die Zinseinnahmen im vergangenen Jahr zurückgegangen, was aber durch die niedrigeren Zinsaufwendungen überkompensiert wurde.

Die Frankfurter Volksbank profitiert von ihrer umsichtigen Steuerung ebenso wie von den zahlreichen Fusionen in den vergangenen Jahren. Denn dadurch konnte der hohen Wettbewerbsintensität der Stadt Frankfurt entronnen und margenstärkeres Geschäft im Umland gemacht werden. Die Folge: „Die Frankfurter Volksbank ist ertragsstark genug und muss sich nicht auf riskante Geschäfte einlassen“, so Hans-Joachim Tonnellier. Gleichwohl ist der Vorstandsvorsitzende nicht ganz zufrieden und blickt ein wenig mit Sorge auf die Entwicklung innerhalb der genossenschaftlichen Finanzgruppe. Hier würden die kleinen Volksbanken zu viel Einfluss gewinnen – auf Kosten der großen Volksbanken, die sich zumeist in Städten befinden. Da aber in zehn Jahren einer Studie zufolge rund 70 Prozent der Bevölkerung in Städten leben würden, dürfe man nun seitens des Verbundes nicht den Fehler machen, die Fläche zu sehr zu stärken und die Städte zu sehr zu schwächen. Von daher finden derzeit Gespräche zwischen dem BVR-Präsidenten und einer Anzahl größerer Volksbanken statt, um die Position der Stadt-Volksbanken zu stärken. Denn nach dem genossenschaftlichen Grundprinzip „Eine Bank, eine Stimme“ ist deren Einfluss bei Abstimmungen innerhalb der gesamten Gruppe gering.

Tonnellier griff auch die inzwischen mehr und mehr in Vergessenheit geratenen Garmischer Beschlüsse noch einmal auf und machte sich für den Grundsatz „Ein Markt, eine Bank“ stark, was nach damaligen Berechnungen die Anzahl der Volks- und Raiffeisenbanken in der Bundesrepublik auf rund 800 sinken ließe. Innergenossenschaftlicher Wettbewerb schwäche die gesamte Gruppe, so der Chef der Volksbank. Allerdings haben auch die Frankfurter intelligente Lösungen gefunden. Die beiden Tochtergesellschaften „Immobilien Gesellschaft mbH“ und „gif Gesellschaft für individuelle Finanzberatung mbH“ trugen im abgelaufenen Geschäftsjahr stolze 4,1 Millionen Euro zum Ergebnis bei. Dass bei der gif Produkte von der Alten Leipziger und der Württembergischen angeboten werden, sagt man aber lieber nicht ganz so laut. Nichtsdestotrotz: Die Richtung stimmt in Frankfurt und daran wird sich sicherlich auch nach den Feierlichkeiten zum 150-jährigen Jubiläum anstehenden Wechsel an der Vorstandsspitze nichts ändern. Warum auch!

Bankenaufsicht

SIFIs-Liste: Umsetzung mit harten Bandagen

Jochen Sanio, blickt mit Sorge auf das Aufsichtsjahr 2011 (siehe Leitartikel). Und seine Befürchtungen betreffen nicht zuletzt die noch im ersten Halbjahr in Basel anstehende Erstellung der Liste der „systemically important financial institutions“ auf globaler Ebene, der sogenannten G-SIFIs. Wie berechtigt seine Befürchtungen sind, zeigen die in den vergangenen Wochen vernehmbaren Anmerkungen aus den USA zum anzuwendenden Kriterienkatalog der Zuordnung beziehungsweise eine kursierende japanische Liste mit 60 Instituten. Das alles deutet auf ein beispielloses Feilschen auf dem internationalen Parkett hin, wobei der BaFin-Präsident offen lässt, ob sich seine Befürchtungen nur auf das Geringel zwischen den nationalen Aufsehern bezieht und/oder auch politische Einmischungen zu erwarten sind. Dabei ist seine eigene, deutsche Position so klar wie einfach: Nach dem Motto „Elefanten erkennt man, wenn man sie sieht“, plädiert er für einfache, pragmatische Zuordnungen. Mit einer solchen Art der Zusammenstellung der rund 25 großen Bankengruppen dürfte er nahe an der schon Ende des Jahres 2009 bekannt gewordenen Liste liegen, die der Financial Stability Board (FSB) erstellt hatte. Sollten auch Versicherer einbezogen werden, gehören sicher die ebenfalls schon vom FSB genannten Adressen mit nach vorne.

Mindestens ebenso wichtig wie die Identifikation der Betroffenen wird aber die Festlegung des Zuschlags werden. Sanio spricht sich an dieser Stelle klar für einen einheitlichen Satz für alle G-SIFIs aus, der sich zudem in einem „vernünftigen Rahmen“ halten sollte. Zwar sieht er seine ausländischen Aufseherkollegen bisher einer Antwort schuldig, nach welchem Kriterium man einen Kapitalzuschlag im Einzelfall bemessen sollte. Aber angesichts deren Faibles für ein individuelles Vorgehen, erwartet er auch an dieser Stelle ein zähes Ringen, sprich ein Ausleben von Standortinteressen mit harten Bandagen. Die angepeilten Zeitpläne dürften damit schon heute in Frage stehen.

Kapitalmarkt

Zu wenig private Aktionäre

Das Beispiel aus der Praxis und die Bestätigung durch die Statistik des deutschen Aktieninstitutes (DAI) kamen fast zeitgleich. Als erste der größeren Fondsgesellschaften hat in der letzten Januarwo-

che 2011 Fidelity berichtet. Bei allem unbestreitbaren Erfolg mit Nettozuflüssen bei Aktienfonds in der Kategorie Asien und Emerging Markets waren bei europäischen Aktienfonds noch größere Mittelabflüsse zu verzeichnen. So durfte die Gesellschaft sich zwar einigermaßen zufrieden geben, mit ihrer Marketingkampagne im vergangenen Jahr auf den richtigen Trend gesetzt zu haben, aber unter dem Strich musste sie im Geschäftsfeld Asset Management eindeutig die anhaltende Vorsicht der Privatanleger registrieren und sich mit deutlich niedrigeren Mittelzuflüssen abfinden als im Vorjahr (162 nach 937 Millionen Euro).

Mit Blick auf Aktienfonds zeigt sich ebendieses Bild auch in der BVI-Statistik per Ende November 2010. Auch dort haben die Nettozuflüsse in Aktienfonds gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich abgenommen, wobei man in der Gesamtstatistik noch den positiven Einfluss der ETFs berücksichtigen muss (8,8 nach 13,2 Milliarden Euro). Anders als in der Branche, in der enorme Zuwächse der Mischfonds einmal mehr die Unsicherheit der Anleger hinsichtlich der richtigen Anlageentscheidung dokumentieren (14,1 nach 5,4 Milliarden Euro), hat dieses Segment bei Fidelity ebenfalls gelitten.

Da passt die Statistik des DAI zur Zahl der Aktienanleger gut ins Bild. Um fast eine halbe Million auf 8,176 Millionen Anleger ist die Zahl der direkten und indirekten Aktienbesitzer gesunken. Als reine Aktienanleger direkt investiert sind damit rund 2,208 (im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres noch 2,493) Millionen Bürger. 1,209 (1,400) Millionen halten sowohl Aktien als auch Aktienbeziehungsweise Mischfonds und 4,759 (4,708) Millionen beschränken sich allein auf Fonds. Dass diese letztere Kategorie zugenommen hat, liegt an dem auch in der BVI-Statistik ablesbaren Erfolg der Mischfonds, die in Zeiten der Unsicherheit regelmäßig ihre Renaissance feiern dürfen. Genau das ist aber auch mit der Grund für die tiefe Enttäuschung des DAI, die in einer einmal mehr ernüchternden Erkenntnis gipfelt: „Die Aktie wird in Deutschland von weiten Bevölkerungskreisen noch nicht als langfristiges Instrument zur Altersvorsorge wahrgenommen, sondern nur in ihren kurzfristigen Kursschwankungen.“

Wenn sich schon die Zahl der Aktienfreunde aus freien Stücken offensichtlich nicht signifikant erhöhen lässt, so kann man über fest disponiertes Aktiensparen mit Fonds wenigstens die Renditeentwicklung fördern. Das hat Mitte Januar der BVI mittels langlaufender Fondssparpläne mit Aktien vorgerechnet. Und Fidelity hat bei einer statistischen Auswertung der Daten auf ihrer amerikanischen Fondsplattform der Tendenz nach herausgefunden, dass in dem unbestritten kritischen Zeitfenster von September 2008 bis März 2010

diejenigen Pensionskonten nach 401 (k) die mit weitem Abstand beste Performance erreicht haben, die ihre Aktienquote durchgehend über Null Prozent gehalten und nicht selbst versucht haben, die Gesamtperformance durch eine Reduktion des Aktienanteils zu optimieren.

Schlussfolgerung in beiden Fällen also: Die Anleger müssen letztlich zu ihrem (Rendite-)Glück gezwungen werden. Am besten funktioniert das über eine Förderung der regelmäßigen privaten beziehungsweise betrieblichen Altersvorsorge. Sind solche Verträge erst einmal geschlossen, erzielen die Anleger langfristig den erhofften Erfolg. Diese Argumentation dürfte die Politik in den kommenden Wochen und Monaten von der gesamten Fondsbranche wie auch von der DAI noch öfter zu hören bekommen.

Commerzbank

Beschränkte Kapitalmaßnahme

Dass Banken aller Größenordnungen und Institutsgruppen mehr oder weniger heftig über ihre künftige Eigenkapitalausstattung nachdenken, ist angesichts der schon beschlossenen Basel-III-Regelungen und der sich zusätzlich abzeichnenden weiteren Belastungen weder erschreckend noch überraschend, sondern schlicht verantwortungsgerecht. Und selbst wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht einmal ansatzweise klar ist, wie sich die noch anstehenden höheren Kapitalanforderungen für systemisch relevante Banken auf die Institutsgruppen auswirken, geschweige denn welche konkreten Zuschläge auf die einzelnen Häuser zukommen, so nimmt die zukunftsweisende Eigenkapitalplanung derzeit in der Kreditwirtschaft zu Recht einen hohen Stellenwert ein. Insbesondere für die Großbanken, die Landesbanken und die genossenschaftlichen Zentralbanken, aber auch für einige der sonstigen Institute mit größerer Verflechtung ist es mit Blick auf die künftige Wettbewerbsfähigkeit enorm wichtig, inwieweit sie unter den „systemically important financial institutions (SIFIs)“, in die Kategorien der global oder domestic SIFIs eingeordnet und mit welchen Zusatzbelastungen sie versehen werden.

Im Landesbankensektor war und ist die Eigenkapitalausstattung im Rahmen der teils noch anhängigen Brüsseler Beihilfeverfahren nahezu zwangsläufig ein großes Thema. Auch ohne Druck aus Brüssel beherrscht oder überlagert es bei der NordLB derzeit jede strategische Fortentwicklung. Und auch die von der Finanzkrise weitgehend unbescholtene Helaba hat schon grundsätzliche Über-

legungen über ihre künftige Eigenkapitalausstattung geäußert. Bei der DZ Bank als genossenschaftlichem Spitzeninstitut ist es insbesondere die Behandlung der Beteiligungen an den großen Verbundunternehmen, die knifflige kapitalmäßige Überlegungen nach sich ziehen. Ganz offensiv angenommen wurde die Herausforderung Eigenkapital schon im Herbst vergangenen Jahres von der Deutschen Bank. Unabhängig davon, ob und inwieweit die damalige Kapitalmaßnahme nur im Zusammenhang mit der Postbank-Übernahme getätigt wurde oder auch schon darüber hinaus angelegt war (ZfgK 19-2010), konnte das Institut seinerzeit vergleichsweise mühelos 10,2 Milliarden Euro am Kapitalmarkt einsammeln.

Auf längere Sicht betrachtet muss die Commerzbank eine Kapitalerhöhung in ähnlichen Dimensionen im Auge haben. Denn neben den verschärften Baseler-Anforderungen steht bei der zweiten deutschen Großbank von zumindest passablem europäischem Format die Auslösung der Staatsbeteiligung von gut 18 Milliarden Euro an. Doch an solche Größenordnungen hat sich die Bank mit ihrer Mitte Januar 2011 angekündigten, noch am gleichen Tag an den Märkten vollzogenen und Ende der dritten Januar-Woche vom Vorstand endgültig abgesegneten Kapitalmaßnahme nicht herangetraut. Stattdessen wurde in einer „Optimierungsmaßnahme im Rahmen des Kapitalmanagements“, wie die Bank selbst es ausdrückt, erst einmal ein Teil der durch Gesellschaften des Commerzbank-Konzerns (Commerzbank Capital Funding Trust und Eurohypo Capital Funding Trust) begebenen hybriden Eigenmittelinstrumente als Sacheinlage in die Commerzbank eingebracht, und zwar gegen aus genehmigtem Kapital der Commerzbank begebenen Aktien. Dass die Bank nach Vollzug durch den Vorstand mit der Transaktion dank der Differenz zwischen Nenn- und Kurswert gleich zu Beginn des laufenden Geschäftsjahres, einmalig eine positive Auswirkung von 300 Millionen Euro auf das Ergebnis vor Steuern der Bank unter IFRS melden konnte, untermauert gleich im ersten Quartal die erklärte Absicht, auch nach HGB wieder Gewinn zu zeigen.

Ein Rückzug des Staates ist damit freilich noch nicht eingeleitet. Schon im Vorfeld der Commerzbank-Kapitalmaßnahme war aus dem Umfeld des SoFFin lanciert worden, der Bund wolle seinen Einfluss auf die Bank im Zuge einer Kapitalerhöhung erst einmal aufrechterhalten. Dieser Position entspricht der im Zuge der jetzigen kleinen Kapitalmaßnahme vollzogene Wandel des entsprechenden Teils der Stillen Einlage des SoFFin in Commerzbank-Aktien. Überraschen kann das nicht. Bei der derzeitigen Stimmungslage und vielen anstehenden Landtagswahlen will die Politik jeglicher Couleur die Anteile des Bundes an der Bank nicht verwässern lassen.

Deutsche Bank

Optimierter Einsatz

Die Deutsche Bank arbeitet global, und sie gilt dabei im Einsatz ihrer Ressourcen als höchst professionell. Das ist keineswegs neu. Gerade dem klassischen Beispiel der gelungenen Optimierung ihres Kapitaleinsatzes verdankt die Bank viel von ihrem guten Ruf. Wenn unter strenger Beachtung der Risikolage in einem anderen Teil der Welt und/oder in anderen Geschäftsbereichen mehr Erfolg absehbar ist, haben es die deutschen Einheiten im hausinternen Ringen um die entsprechende Kapitalausstattung schwer. Selbst wenn dieses betriebswirtschaftlich vernünftige Prinzip der optimalen Kapitalallokation in den Bekenntnissen der Bank zu ihrem Heimatstandort Deutschland nicht ganz so puristisch gehandhabt werden mag, haben die hiesigen Geschäftsbereiche im edlen Wettstreit um die gewünschte Kapitalausstattung dank besserer Margen im Ausland oft das Nachsehen.

Je breiter eine Bank aufgestellt ist und je intensiver sie in aller Welt operiert, umso stärker stellt sich das Optimierungsproblem auch für das Spitzenpersonal. Der Vorstand steht ständig vor der Entscheidung, wo es im Sinne des Ansehens und der Geschäftsaussichten des Hauses Präsenz zu zeigen gilt. Auch in diesem Rennen kann selbstverständlich nicht immer auf den Finanzplatz Deutschland Rücksicht genommen werden. So hat es sich ergeben, dass Josef Ackermann am Mittwoch der dritten Januarwoche in London aus der Hand von Prinzessin Anne die höchst ehrenvolle Auszeichnung „Bank of the Year 2010“ einer britischen Fachzeitschrift entgegengenommen hat. Einen Tag später hat er sich in Madrid mit dem spanischen Ministerpräsidenten Luis Rodríguez Zapatero ausgetauscht. Die stolz auf der Homepage präsentierte Verleihung des IFR-Awards stärkt einmal mehr das Renommee der Deutschen Bank im internationalen Investmentbanking und an den weltweiten Derivate-Märkten. Und den Gesprächen mit der spanischen politischen Führung wird prompt ein gewisser heilsamer Einfluss auf die Entwicklung der Spreads der spanischen Anleihen gegenüber den Bundesanleihen nachgesagt, die auch dem Exposure der Deutschen Bank im spanischen Anleihemarkt nicht geschadet haben dürfte. Für eine Teilnahme an der zeitgleich stattfindenden Verabschiedung des langjährigen Hauptgeschäftsführers des privaten Bankenverbandes Manfred Weber blieb angesichts solcher Termine auf der großen internationalen Bühne keine Zeit. Die Deutsche Bank ist eben in allen Belangen international aufgestellt. Das bringt manchen Ruhm und Ehre auf internationalem Parkett. Es schwächt aber zwangsläufig die Verankerung an der Heimatbasis. ■■■■■